

Presseerklärung des ASTA der TH Darmstadt zur Demonstration am 15.5.1979

Die Studentenschaft der TH Darmstadt führte diese Demonstration durch, um ihren Widerstand gegen die von Kultusminister ins Hess. Hochschulgesetz aufgenommenen Meldefristen und die erlassene Wahlordnung zu dokumentieren.

Welche Bedeutung haben die Meldefristen für die Studenten?

Meldefristen stehen im Zusammenhang mit den sogenannten Regelstudienzeiten. Das sind die Zeiten, in denen ein Student sein Studium abgeschlossen haben sollte. Sind diese verstrichen, muß er sich zur Prüfung anmelden (Meldefristen), auch wenn er noch nicht alle Studienleistungen erbracht hat. Tut er dies nicht, muß er die Hochschule verlassen. darin liegt die Bedeutung der Meldefristen.

Ein Argument, das der Kultusminister anführt, um diese Art der Regelstudienzeit durchzusetzen und zu verteidigen, ist das Folgende:

die Hochschule wird entlastet; es werden Kosten eingespart. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich dieses aber als Scheinargument: die Hochschulen können jeweils nur eine ganz bestimmte Anzahl an Studienanfängern aufnehmen. Die Studenten müssen dann alle Stationen durchlaufen; gleichgültig, ob eine Regelstudienzeit existiert oder nicht, wenn ein Abschluß erreicht werden soll. So werden also keine Kosten eingespart.

Auch das Argument, der Student läge dem Steuerzahler nur auf der Tasche, vermag nicht zu überzeugen. Die Regelungen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, und nur darum kann es sich handeln, sehen Zeiten vor, nach denen der Student keine finanzielle Unterstützung durch Staat mehr erhält. Alleine aus diesem Grunde haben die Studenten schon ein Interesse daran, ihr Studium möglichst schnell abzuschließen.

Durch die Einführung der Meldefristen entstehen dem Staat im Gegenteil zusätzliche Kosten: die Studenten, die die Hochschule verlassen müssen, stehen ohne Abschluß auf der Straße. Sie haben zwar keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, aber sie erhalten Sozialhilfe und können in der Regel nur sehr schwer eine Stelle finden. Die Ausbildungskosten, die entstanden sind, sind damit verloren.

Zudem: Für die längeren Studiendauern sind nur in den allerwenigsten Fällen die Studenten selbst verantwortlich zu machen. An einer Technischen Hochschule wie Darmstadt sind dafür hauptsächlich die unzureichende Anzahl von Praktikums- und Laborplätzen und das unzureichende Angebot an bestimmten Vorlesungen verantwortlich. Dies führt dann dazu, daß ein Student 1 bis 2 Semester warten muß, bis er einen Praktikumsplatz erhält, um überhaupt sein Studium weiterführen zu können. Somit bedeutet eine längere Studiendauer als die vorgesehene im allgemeinen nicht Bummelantentum.

Auf diese Weise werden auf dem Rücken der Studenten, die jahrelangen Fehlentscheidungen und Versäumnisse der Kultusbürokratie ausgetragen; und die Kosten, die dem Staat und damit dem Steuerzahler entstehen, sind weitaus höher als die, die bei einer besseren Ausstattung der Hochschulen entstehen würden.

Das sind aber nicht die einzigen Gründe, die gegen eine Einführung der Regelstudienzeiten mit Meldefristen sprechen. Mit einem Studium, das nur noch das Notwendigste vermittelt, werden Fachidioten erzeugt. Man kann zurecht erwarten, daß sich der zukünftige Ingenieur oder Chemiker über die Folgen seines Tuns Gedanken macht. D.h., daß er sich auch mit der Frage beschäftigen muß, ob und welche Umweltgefahren durch seine Tätigkeit entstehen können.

Beispiele gibt es genug: Seveso, Harrisburg und der Starckenburger Giftmilchskandal sind nur die bekanntesten; hier war die Fachblindheit der Techniker die Ursache.

In anderen Bundesländern, in der Westdeutschen Rektorenkonferenz und nicht zuletzt an den bundesdeutschen Hochschulen selbst sprechen sich mittlerweile auch diejenigen die die Regelstudienzeit anfangs befürworteten gegen eine Einführung von Meldefristen aus. Man hat erkannt

- daß es die erhofften positiven Auswirkungen nicht gibt
- daß die sozialen Kosten, die durch die Studienabbrecher entstehen, zu hoch sind
- und daß eine Verschlechterung der Ausbildung unverantwortlich gegenüber der Bevölkerung ist.

So kommt es nicht von ungefähr, daß die Demonstration auch von anderen Mitgliedern der Hochschule befürwortet wurde und daß es sogar einige Professoren die Forderung der Studenten durch ihre Teilnahme unterstützten und dies auf der abschließenden Kundgebung auch erklärten.

Ein weiterer Anlaß für die Demonstration war die vom Kultusminister erlassene Wahlordnung der THD, die die Briefwahl als Regelwahl vorsieht. Dies stößt bei den Studenten und bei den Organen der Hochschule auf zunehmende Kritik. Die größten Bedenken bestehen gegen die Manipulierbarkeit der Wahl und die unverträglich hohen Kosten. (pro Wahl etwa 20.000,-- DM). Die Studenten sprechen sich auch weiterhin für eine Urnenwahl aus.